

Übersicht



Der Bürgermeister
Hilden, den 16.10.2023
AZ.:

WP 20-25 SV 01/129

Antragsvorlage

Antrag der BA-Fraktion; Zukunft des St. Josefs-Krankenhauses

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
AfD			
BA			
Allianz			
Ratsmitglied Erbe			

öffentlich

Finanzielle Auswirkungen

Organisatorische Auswirkungen

ja

nein

noch nicht zu übersehen

ja

nein

noch nicht zu übersehen

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Hilden

19.10.2023

Entscheidung

Antrag Ratssondersitzung_ Krankenhaus

Antragstext:

- I. Der Rat der Stadt Hilden beauftragt den Bürgermeister, kurzfristig – parallel zu anderen Initiativen – mit dem Landrat ernsthafte Überlegungen und Prüfungen anzustellen, mit dem Ziel, im Bedarfsfall die Krankenhäuser der Städte Hilden und Haan ganz oder teilweise in kommunale Trägerschaft zu übernehmen. Dabei ist sowohl die Option eines Kreiskrankenhauses zu untersuchen als auch die Fortführung einer oder beider Einrichtungen unter Beteiligung der beiden Städte und des Kreises Mettmann in der Trägerschaft eines zu gründenden Zweckverbands.
- II. Im Hinblick auf die dokumentierte, riesige Anteilnahme der Bevölkerung beantragen wir gleichzeitig sicherzustellen, dass – unbeschadet sonstiger Vereinbarungen zur Übertragung von Ratssitzungen per Livestream – den Menschen in und um Hilden ein Zugang zu dieser Ratssondersitzung via Rats-TV ermöglicht wird.

Erläuterungen zum Antrag:

1. Die sich anbahnende Schließung der beiden Kliniken muss im Sinne einer wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung in den Nachbarstädten mit allen Mitteln verhindert werden. Dabei sind auch unkonventionelle Lösungen in Betracht zu ziehen.
2. Die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Verantwortlichen der Kplus-Gruppe, das lange Stillschweigen des Mehrheitsgesellschafters Erzbistum Köln und die restriktive Haltung des Gesundheitsministeriums sollten Anlass genug sein, nicht länger zuzuwarten und ausschließlich auf externe Hilfe zu hoffen, sondern auch eigenständig Lösungsansätze zu prüfen.
3. Die wohlmeinenden, jedoch mit ungewissem Ausgang aktuell zugesagten Hilfsangebote des Gesundheitsministers lassen ergebnisoffene Überlegungen und Prüfungen zu Alternativmodellen noch keineswegs obsolet erscheinen. Je nach Entwicklung wäre es gut, im Bedarfsfall auch über einen Plan B zu verfügen.
4. Mitarbeitende, Ärzte und Pflegepersonal bedürfen dringend und schnellstmöglich verbindlicher Initiativen und klarer Signale zu ihrer beruflichen Perspektive, die ein personelles Ausbluten der beiden Einrichtungen unterbinden und zumindest bis auf Weiteres den Fortbestand der Hospitäler nicht kurzfristig zusätzlich gefährden.
5. Bei den etwaigen finanziellen Auswirkungen einer kommunalen Trägerschaft sind auch überschlüssig die andernfalls auf die Städte zukommenden negativen Effekte, beispielsweise für den Rettungsdienst, in infrastruktureller wie personeller Hinsicht zu berücksichtigen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der als Anlage beigefügte Antrag der BA ging am Donnerstag, 12.10.2023, 23:03 Uhr per Email bei der Verwaltung ein.

Der Antragsteller beantragt damit die Einberufung einer Sitzung des Rates der Stadt Hilden - wegen der Dringlichkeit mit verkürzter Ladungsfrist. Gem. § 47 Abs. 1 GO NRW ist eine Sitzung einzuberufen, wenn eine Fraktion dies unter Benennung der zu beratenden Gegenstände beantragt.

Auf eine inhaltliche Stellungnahme zum Antrag an dieser Stelle wird unter Verweis auf § 1 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt und seine Ausschüsse verzichtet. In der Sitzung selbst wird mündlich über den aktuellen Sachstand berichtet werden.

Gez. Claus Pommer
Bürgermeister

Klimarelevanz:

Keine.

Antrag auf Ratssondersitzung

Zur Zukunft des St. Josefs-Krankenhauses

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Pommer,

am vergangenen Montag ist die Ältestenratssitzung mit äußerst unbefriedigendem Ergebnis zu Ende gegangen. Die Sitzung stand im Zeichen von Rat- und Hilflosigkeit, ohne einen konkreten Plan zum weiteren, abgestimmten Vorgehen von Rat und Verwaltung. In den letzten 48 Stunden scheint zwar erfreulicherweise Bewegung in die Sache gekommen zu sein. Von einem Durchbruch kann jedoch noch längst keine Rede sein. Die an die Öffentlichkeit gebrachten Vermittlungsbemühungen und Absichtserklärungen der Landesregierung können bestenfalls als Hoffnungszeichen verstanden werden.

Umso mehr wird es in der schicksalhaften Frage um das Überleben des Hildener Krankenhauses darum gehen, sich über das Einvernehmen des Rates zu vergewissern. Die Bevölkerung, die am vergangenen Wochenende mit einer spontanen Demonstration tausender Menschen eindrucksvoll ihr Interesse an der Zukunft einer ortsnahen Gesundheitsversorgung in Hilden unter Beweis gestellt hat, hat im Übrigen ein Recht darauf, von ihren Volksvertretern einen angemessenen, transparenten Umgang mit der Problematik zu verlangen und zu erfahren, welche Möglichkeiten der Rat sieht, konstruktiv das Geschehen zu begleiten.

Aus diesem Grunde stellen wir folgende Anträge:

I.

Einberufung einer Ratssondersitzung – angesichts der Dringlichkeit mit verkürzter Ladungsfrist.

Für die Tagesordnung beantragen wir, folgenden Punkt zur Beratung zu stellen:

„Zukunft des St. Josefs-Krankenhauses“

Zu diesem Tagesordnungspunkt bitten wir Sie, über folgenden Beschluss-Vorschlag beraten und abstimmen zu lassen:

„Der Rat der Stadt Hilden beauftragt den Bürgermeister, kurzfristig – parallel zu anderen Initiativen – mit dem Landrat ernsthafte Überlegungen und Prüfungen anzustellen, mit dem Ziel, im Bedarfsfall die Krankenhäuser der Städte Hilden und Haan ganz oder teilweise in kommunale Trägerschaft zu übernehmen. Dabei ist sowohl die Option eines Kreiskrankenhauses zu untersuchen als auch die

Fortführung einer oder beider Einrichtungen unter Beteiligung der beiden Städte und des Kreises Mettmann in der Trägerschaft eines zu gründenden Zweckverbands.“

Begründung

1. Die sich anbahnende Schließung der beiden Kliniken muss im Sinne einer wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung in den Nachbarstädten mit allen Mitteln verhindert werden. Dabei sind auch unkonventionelle Lösungen in Betracht zu ziehen.
2. Die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Verantwortlichen der Kplus-Gruppe, das lange Stillschweigen des Mehrheitsgesellschafters Erzbistum Köln und die restriktive Haltung des Gesundheitsministeriums sollten Anlass genug sein, nicht länger zuzuwarten und ausschließlich auf externe Hilfe zu hoffen, sondern auch eigenständig Lösungsansätze zu prüfen.
3. Die wohlmeinenden, jedoch mit ungewissem Ausgang aktuell zugesagten Hilfsangebote des Gesundheitsministers lassen ergebnisoffene Überlegungen und Prüfungen zu Alternativmodellen noch keineswegs obsolet erscheinen. Je nach Entwicklung wäre es gut, im Bedarfsfall auch über einen Plan B zu verfügen.
4. Mitarbeitende, Ärzte und Pflegepersonal bedürfen dringend und schnellstmöglich verbindlicher Initiativen und klarer Signale zu ihrer beruflichen Perspektive, die ein personelles Ausbluten der beiden Einrichtungen unterbinden und zumindest bis auf Weiteres den Fortbestand der Hospitäler nicht kurzfristig zusätzlich gefährden.
5. Bei den etwaigen finanziellen Auswirkungen einer kommunalen Trägerschaft sind auch überschlüssig die andernfalls auf die Städte zukommenden negativen Effekte, beispielsweise für den Rettungsdienst, in infrastruktureller wie personeller Hinsicht zu berücksichtigen.

II.

Im Hinblick auf die dokumentierte, riesige Anteilnahme der Bevölkerung beantragen wir gleichzeitig sicherzustellen, dass – unbeschadet sonstiger Vereinbarungen zur Übertragung von Ratssitzungen per Livestream – den Menschen in und um Hilden ein Zugang zu dieser Ratssondersitzung via Rats-TV ermöglicht wird.

Hilden, 11. Oktober 2023

gez. Ludger Reffgen
Fraktionsvorsitzender